

Torsten W. Remmerbach
Chefredakteur Oralchirurgie Journal



Was haben Powell, Lagarde und Co. mit uns Zahnärzten zu schaffen?

Die künftige EZB-Präsidentin Christine Lagarde wird sicherlich wie ihr Vorgänger Mario Draghi dafür Sorge tragen, dass die Zinsen auch in den nächsten Jahren nicht merklich steigen werden – ganz im Gegenteil. Somit ist der Glaube der deutschen Sparer an bessere Zinszeiten nun endgültig vorbei. Aber was bedeutet das für die Bezüge aus den verschiedenen zahnärztlichen Versorgungswerken? Für die Versorgungszusagen sind es bestimmt keine guten Aussichten. So muss sich wohl die/der eine oder andere Kollegin/Kollege mittelfristig auf mögliche Rentenkürzungen vorbereiten. Der sogenannte Rechnungszins dient den berufsständigen Versorgungswerken als Kalkulationsgrundlage für die Berechnung der Altersversorgungsansprüche: Kommt es zu einer Absenkung des Rechnungszinses, wirkt sich dies natürlich auf die Rentenansprüche aus. Da nur wenige Leser wahrscheinlich der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe angehören, können sich somit auch nur eine Handvoll über die Anlagerendite von vier Prozent freuen, die dieses Versorgungswerk in den letzten Jahren wiederholt erzielt

hat. Daher wurde das Versorgungswerk unserer ärztlichen Kollegen übrigens wiederholtermaßen von einem renommierten Fachjournal aufgrund der besten Portfoliostruktur sowie als bester Immobilieninvestor ausgezeichnet. Schwache Erträge hingegen lieferten die Versorgungswerke in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Sollte der Rechnungszins nur um einen Prozent abgesenkt werden, bedeutet dies herbe Einschnitte, die Sie, lieber Leser, in Form von Rentenkürzungen langfristig bemerken werden. Dazu ein Beispiel: Man legt 30 Jahre lang 1.000 Euro mit einer Verzinsung von vier Prozent an, so erhält man bei einer angedachten Rentendauer von 20 Jahren monatlich circa 4.126 Euro. Sollte der Zinssatz um einen Prozent abgesenkt werden, bedeutet dies eine Kürzung der Rente auf monatlich 3.197 Euro. Auf die 20 Jahre gerechnet, sind das knapp 220.000 Euro, die man weniger aus dem Versorgungswerk erhält. Falls es so kommt, wie beim Versorgungswerk der Schornsteinfeger, bleibt am Ende so gut wie gar nichts mehr übrig und

der Staat muss wohl für die mickrigen Mindestrenten einspringen. Und wer jetzt denkt, Lebensversicherungen wären eine Alternative, der bedenke, dass auch die Mannheimer vor einigen Jahren Insolvenz anmelden musste und es nur durch die Gründung einer Auffanggesellschaft durch alle deutschen Lebensversicherer möglich war, zumindest die Mindestrendite zu sichern. Aber es gibt auch Positives zu berichten. Trotz Dotcom-Blase, amerikanischer Immobilien- und Eurokrise hat der Deutsche Aktienindex seit seiner Gründung eine durchschnittliche Rendite von acht Prozent erzielt.

[Infos zum Autor]



Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen
Ihr Torsten W. Remmerbach